

SPD – Stadtratsfraktion Schwabach Rede zum Haushalt 2015



Vor Kurzem erst hatten wir die Freude, einen **Nachtragshaushalt** verabschieden zu können. Der nochmalige Anstieg bei den GewSt-Einnahmen ermöglichte verschiedene Konsolidierungsmaßnahmen, die wir einvernehmlich auf den Weg gebracht haben. In einem freundlichen Gesamtumfeld arbeiten die Menschen in den Schwabacher Unternehmen offenbar besonders erfolgreich.

Auch für das kommende Jahr wird ein weiter **hohes Niveau bei der GewSt und der EkSt-Beteiligung** vorausgesetzt, und die Voraussagen der Ökonomen geben das ja auch her.

Die **hohe Beschäftigung** ist Basis wie Ergebnis dieser sich verstetigenden leicht aufwärts gerichteten Wachstumskurve, denn der außenwirtschaftliche Erfolg schafft Arbeitsplätze, und die daraus fließenden Gehälter ermöglichen einen stabilen Konsum, der wiederum Arbeitsplätze produziert. Dennoch übersteigen die Sozialhilfeausgaben zumindest nominal das Niveau der zurückliegenden Wirtschaftskrise – ein Beleg dafür, dass wir im Ausland nicht ganz zu Unrecht für ein zu niedriges Lohnniveau kritisiert werden?

Wenn man dann sieht, wie eng unser Spielraum ist, wie ausgezehrt unsere Rücklagen sind und wie sich unsere Verschuldung entwickelt mögen wir uns gar nicht vorstellen was passieren würde, wenn sich die einem marktwirtschaftlichen System wesenseigentümlichen anderen Phasen eines Konjunkturzyklus wieder einzustellen begännen.

Wir haben mit den „**Leitlinien zur Haushaltskonsolidierung**“ versucht, trotz der permanenten Unterfinanzierung der kommunalen Haushalte bei gleichzeitig gerade diese Woche wieder dröhnend propagiertem nettoschuldenfreiem Staatshaushalt aus eigener Kraft ein wenig Handlungsfreiheit zurückzugewinnen. Bürgerinnen und Bürger bezahlen dafür mit einem v.a. bei den Takten deutlich eingeschränkten **Buslinienverkehr** und höheren **Parkgebühren**. Dass die Koalition ein Jahr nach dem Beschluss zur „Begrenzung“ der **Ausgaben für die KommunalBIT** schon wieder der Mut verlassen hat und sie eine Telefonanlage, deren Verbrauchtheit seit Jahren bekannt ist, nur durch ein Niederreißen eben dieser „Begrenzung“ zu ersetzen in der Lage ist, ärgert uns. Dass der Freistaat Bayern, der wunderbar neuschuldenfreie, unser jetzt wohl bald ein Dritteljahrhundert währendes Flehen um Verstaatlichung unserer Wirtschaftsschule erhören wird, glaubt eh keiner. Und was die Effizienz all der avisierten *Überprüfungen, Reduzierungen und Implementierung von Controllinginstrumenten* anlangt, möchte ich mich Albert Einstein anschließen, der zur Effizienz von Hufeisen als Glücksbringer anmerkte: „Man hat mir gesagt, es hilft – auch wenn man nicht dran glaubt.“

Die Forderung an den Bezirk nach einer Absenkung des Hebesatzes war angesichts des dortigen Geldsegens, der sich aus der Neuordnung der Finanzbeziehungen durch einen neuen Berechnungsschlüssel¹ ergibt, legitim. Unser Kämmerer hat sie bereits in seinem Entwurf vorweggenommen, und der Bezirk hat sich gestern an seine Vorgabe gehalten und den Umlagesatz von 24,2 % auf 22,9 % gesenkt. Warum aber der Bezirk Mittelfranken einen

¹ Bezirksumlage 2015 = 434,9, 2016 = 454,9 = + 20,0 Mio. € (http://www.bezirk-mittelfranken.de/uploads/media/Haushaltsentwurf_2016). „Nach der Meldung der vorläufigen Umlagekraft durch das Statistische Landesamt vom 21.10.2015 besteht eine im Haushaltsentwurf 2016 noch nicht enthaltene Überdeckung in Höhe von 21,5 Mio. Euro. Das entspricht rd. einem Hebesatzpunkt Bezirksumlage.“ (ebd.) Dies wird mit dem gestrigen Beschluss des Bezirkstags korrigiert.

Umlagesatz von 22,9 % benötigt, während Oberbayern mit 19,5 % auskommt, ist schon weniger leicht nachzuvollziehen.

Dass infolge der o.a. Neuregelung auch die Schlüsselzuweisungen um 1,6 Mio. € über dem vorsichtigen Ansatz des Entwurfs liegen ist erfreulich. Die dadurch mögliche Absenkung der Entnahme von Rücklagen sichert der Stadt mehr Handlungsspielraum.

Die meisten Kolleginnen und Kollegen haben in ihrer politischen Arbeit noch nie **ein Jahr so raschen gesellschaftlichen Wandels** erlebt wie das zu Ende gehende.

Not und Kriege haben **Migrationsbewegungen unerwarteten Ausmaßes** ausgelöst, und unsere Republik ringt mit ihren Folgen – und sie macht das, verglichen mit unserem europäischen Umfeld, gar nicht schlecht: Ohne dass wir Zeit gehabt hätten dafür Strukturen aufzubauen werden etwa 1 Million mehr Menschen mit dem Nötigsten an Nahrung, Kleidung, Wohnraum und gesundheitlicher Versorgung ausgestattet. Behördliche Vorgänge, die in Erz gegossen schienen, werden flexibel gehandhabt, Wohnraum requiriert oder geschaffen. Am meisten Bewunderung aber verdient die Arbeit der Ehrenamtlichen, ich darf hier Frau Graukarg und Frau Saskia Stadelmeyer vom Asylcafé nennen, die in enger Zusammenarbeit mit einer – manchmal sieht man Ihnen das an, Herr Engelbrecht - bis an die Erschöpfungsgrenze arbeitenden Verwaltung für eine menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge in unserer kleinen Stadt sorgen.

Diese Erschöpflichkeit des Engagements über die bloße Professionalität hinaus aber hat zur Folge, dass wir zur Bewältigung der Zuwanderung zusätzliches **Personal** einstellen mussten – unser deutlich über das tarifbedingte Delta hinaus steigender Personaletat spiegelt solche Zwänge. Bei solchen Investitionen in zusätzliches Personal für Aufgaben in Bildung und Jugendpflege oder jetzt eben für die Flüchtlinge aus Krieg und Not finden Sie uns wie immer solidarisch. Den vorherigen nominalen Anstieg des Personaletats um fast ein Drittel kritisieren wir nach wie vor als zu hoch.

Eine weitere unabweisbare Aufgabe, die sich aus der Zuwanderung ergibt, ist die Schaffung bezahlbaren **Wohnraums**, der schon vorher knapp gewesen ist, wie ein Antrag der SPD-Fraktion vom Februar – als wir die Dimension der Wanderungsbewegungen noch nicht ahnten – beweist. Wir freuen uns sehr, dass wir inzwischen erste Schritte in diese Richtung gehen und sozialen Wohnungsbau an der Ecke Penzendorfer-/Weißenburger Str. vorzubereiten beginnen. Wir fordern, dass die sich in Zukunft ergebenden Spielräume im Haushalt vorwiegend zur Lösung dieser Aufgabe eingesetzt werden und bitten Sie, Herr Oberbürgermeister, Ihr Engagement als Parteipolitiker in dieser Sache auch vor Ort umzusetzen.

Es gehört seit OB Reimanns Zeiten zu den Stärken dieses Stadtrats, dass er es unter Überwindung der Fraktionsgrenzen immer vermocht hat, der Bildung das notwendige materielle Substrat zu verschaffen. Die Schwabacher Politik vermag keine Grand Arches oder Triumphbogen hervorzubringen – aber auf die geschaffene **Schullandschaft** dürfen wir ein wenig stolz sein, und sie bildet mit dem Umbau des Alten DG für Berufs-, Musik- und weitere kleine Schulen sowie der Grunderneuerung der Christian-Maar-Schule auch im nächsten Haushaltsjahr einen investiven Schwerpunkt unseres Handelns.

In unserem **Krankenhaus** wird gute Arbeit geleistet, steigende Patientenzahlen beweisen es. Trotzdem sind die wirtschaftlichen Schwierigkeiten offensichtlich, und sie wären ohne Sondereffekte wie die Flüchtlingsunterbringung – hier also profitieren wir bereits auch

materiell von der Zuwanderung – noch größer. Es ist vollkommen richtig, dass wir das Eigenkapital dieser zentralen kommunalen Institution mit einer Spritze von 1,5 Mio. € aus dem Nachtragshaushalt stärken. Dennoch muss uns klar sein, dass unser Krankenhaus auf absehbare Zeit hoffentlich kleiner werdender Zuschüsse bedürfen wird, und das liegt an der großen Politik: Immer wenn wir uns durch Investitionen und Reformen ein wenig Luft verschafft haben zaubert man ungünstigere DRG-Schlüssel oder eine Wegsteuerung mühevoll erwirtschafteten Ertrags, „Mehrerlösabschlag“ genannt, hervor. Wir laufen und laufen, aber der Igel ist schon wieder „allhier“. Ob wir diesen frustrierenden Wettlauf auf Dauer alleine durchhalten können, ist ungewiss. Gewiss aber ist, dass unsere Fraktion zum Schwabacher Krankenhaus als zentralem Baustein unserer kommunalen Daseinsfürsorge, unserer Lebensqualität, steht.

Ceterum censeo: Der **Anteil besonders der kreisfreien Städte am gesamten Einnahmeaufkommen der öffentlichen Hand** ist zu gering. Wir *müssen* Leistungen wie Bildung, Gesundheit oder Nahverkehr für unsere Bürgerschaft erbringen, aber nur wir haben niemanden hinter uns, an dem wir uns mit Umlagen schadlos halten können. Trotz anhaltend guter Konjunktur können wir das derzeit nicht erwirtschaften, und es tröstet uns wenig, dass es dem schönen Nürnberg keinesfalls besser geht und dass selbst das reiche München darbt, in dem bisher nur diskutiert wurde, *wo* der zweite Konzertsaal und *wann* die zweite Stammstrecke gebaut werden sollte. Wir verschulden uns, wir plündern unsere geschrumpften Rücklagen und finanzieren in Wahrheit den ausgeglichenen Haushalt des Freistaats Bayern: *SÖDER's dream is a Mayor's nightmare!*

Es ist ganz interessant, dass wir kleinen Kreisfreien inzwischen über dem Landesdurchschnitt der Kreisfreien verschuldet sind – Luxusausgaben kann man eben streichen, Pflichtaufgaben aber nicht – und sie wachsen.

Eine Nettokreditaufnahme von 1,75 Mio. € im allgemeinen Haushalt überfordert uns beim gegenwärtigen Zinsniveau nicht; dass unser **Gesamtschuldenstand** sich seit 2008 um real 28 %² erhöht hat, gibt dennoch Anlass zur Sorge. Auch wenn wir die Politik des Kämmerers, alte Kredite zu jetzigen Konditionen mit langen Laufzeiten umzuwandeln, als sehr positiv einschätzen, wissen wir doch alle, dass die gegenwärtige atemraubende Zinslandschaft auf Dauer weder gut ist noch halten wird.

Unser Haushalt ist nicht schön, aber man kann wohl sagen: Für diesmal sind wir glimpflich davongekommen. Indes birgt er **Risiken**: Infolge unserer gegenwärtigen Einnahmestärke werden in der Logik des Finanzausgleichs die Zuweisungen sinken – bei weiter großen und teuren Ausgaben wie der (hoffentlich!) Jahrhundertsanierung des Alten DG. Und wie der zunächst hohe Aufwand für die Integration so vieler Neubürger verteilt werden wird, steht noch in den Sternen. Aber immerhin: unser Hallenbad dampft, unser Markgrafensaal swingt, und so bleibt uns doch manches zunächst in des Wortes doppelter Bedeutung erspart. Umso mehr freut es mich, dass sich der Stadtrat auch einmal kollektiv in kleine Abenteuer stürzt und ein Herzstück der Innenstadtentwicklung selbst mitgestalten möchte.

Was können wir als kleine, aber immerhin wachsende Kommune, die von ihrem wirtschaftsgeographischen Umfeld im Norden so sehr profitiert wie sie unter dem im Süden leidet, tun? Nicht so viel, aber immerhin: Es ist offensichtlich möglich, in unsere Stadt mit ihren interessanten Angeboten für Bildung, Konsum und Naherholung einerseits wie einer sehr guten Verkehrsinfrastruktur und einem attraktiven Branchenmix andererseits **neue**

² Preisindex Mai 2008 = 98,7, Oktober 2015 = 107,0

(https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Preise/Verbraucherpreisindizes/Tabellen/_VerbraucherpreiseKategorien.html) → Steigerung ~ 9 % → inflationsbereinigte Verschuldung 2008 = 40,1 Mio. €

Unternehmen zu locken. *Gute Arbeit* ist das wirksamste Mittel um die sich immer weiter öffnende soziale Schere ein wenig zusammenzudrücken. Dafür brauchen wir **Flächen**, und es ist schon richtig, dass wir zuschlagen, wo sich Chancen zur Erweiterung unseres Gewerbeflächenangebots bieten.

Wäre es nicht an der Zeit darüber nachzudenken, ob die Zuschnitte der Gebietskörperschaften noch den stark veränderten Lebensgewohnheiten der Menschen und der völlig veränderten Ökonomie entsprechen? Wenn wir jetzt darüber zu debattieren beginnen, könnten wir mit einer Gebietsreform 2.0 die letzte, nach einem guten halben Jahrhundert etwas in die Jahre gekommene ablösen.

Nichts außer *der Raute* ist alternativlos – aber der Stadtrat konnte sie, eingespannt in all die dargestellten Zwänge, nicht finden, die grundsätzliche Alternative zur Haushaltsaufstellung. Dies hatte natürlich ein friedliches Klima der von den Herren Spahic, Strauß und Aepfelbach mit gewohnter Umsicht begleiteten Haushaltsberatungen zur Folge, und sie wurden von Herrn Thürauf fair geleitet. Dafür danken wir Ihnen allen.
Die SPD-Fraktion stimmt den vorgelegten Haushalten zwar zu.

In einer letzten Aufwallung möchte ich Ihnen, Herr Oberbürgermeister, dennoch entgegenschleudern, dass wir nicht verstehen können, dass wir uns bei einem Investitionsvolumen von 18,2 Mio. € kein Buswartehäuschen für unsere vorwiegend älteren Reisenden am Markgrafenparkplatz leisten können sollen. Plündern Sie Ihren Reptilienfonds, bitte! Wir schaffen das!

W.Sittauer,

Haushaltssprecher